Infodienst

Informationsdienst der Lebenshilfe Niedersachsen Nr. 05 | 2025

Lebenshilfe Niedersachsen
Gemeinsam Zukunft gestalten

Inhalt

01 | Neues aus der Landesgeschäftsstelle 2
02 | Mitgliederversammlung der Lebenshilfe Niedersachsen am 08. November 2025 3
03 | Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung am 14. & 15. November 2025 4
04 | Starkes Signal für die Zukunft der Tagesbildungsstätten – Jetzt Lösungen finden! 5
05 | „WIR WOLLEN MEHR“ – Kino-Abend und Podiums-Diskussion 6
06 | „Selbstbestimmung im Wandel – Teilhabe für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf“ – Lebenshilfe Niedersachsen tagt zum Thema „Arbeit“ 6
07 | „Teilhabe ist unverzichtbar“ – Fachverbände warnen vor Kürzungen bei der EGH .. 7
08 | Neuer Wegweiser „Gewaltschutz“ bietet Rahmen für Einrichtungen der EGH 8
09 | Gewaltschutz-Schulung im Videoformat 9
10 | DIMR fordert einheitliche Schutzstandards für Triage 9
11 | Der Bund entlastet Vereine und Engagierte durch Stärkung des Ehrenamts 10
12 | Landesregierung stärkt Ehrenamt und beschließt umfassende Strategie 10
13 | Neues Gesetz zur Pflegefachassistenzausbildung 11
14 | Highlights aus der Fort- und Weiterbildung 11
15 | 18 werden mit Beeinträchtigung – Was ändert sich bei Volljährigkeit? 12
16 | Neu: Aktion Mensch-Förderung “Zeichen setzen! Für mehr Respekt und Vielfalt” 12
17 | Aktion Mensch unterstützt Projekte zum Europäischen Protesttag am 5. Mai 2026 13
18 | Jahresbericht 2024 vom Deutschen Institut für Menschenrechte 13
19 | Methodenhandbuch zur Demokratieförderung 13
20 | Rechtliche Orientierung digital – Lebenshilfe kooperiert mit Nomos und Beck 14
21 | Aphasie-App 14
22 | RoMoWo: Bundesweites Mobilitätstraining für Rollstuhlnutzer*innen startet 14
23 | Special Olympics Deutschland: Save the date 15
24 | Save the date zum Fachtag „Persönliches Budget“ 15
25 | Bundesteilhabepreis 2026 16
26 | Ehrentag zum Geburtstag des Grundgesetzes – “Für dich. Für uns. Für alle.” 16
27 | Aus den Mitgliedsorganisationen 17
28 | Zum Jahresende… 17

Lebenshilfe Landesverband Niedersachsen e.V.
Nordring 8 G
30163 Hannover
Tel. 0511 - 909 257 00
Fax 0511 - 909 257 11
info@lebenshilfe-nds.de
www.lebenshilfe-nds.de

01 | Neues aus der Landesgeschäftsstelle

Liebe Leser*innen,

„Macht entsteht, wo Menschen gemeinsam handeln.“

Dieses Hannah Arendt zugeschriebene Zitat bringt auf den Punkt, was uns in unserem Verband täglich leitet: Die Überzeugung, dass wir in einer starken Gemeinschaft mehr erreichen können als im Alleingang.

In diesem Sinne haben wir im November vor dem Niedersächsischen Landtag für die Weiterentwicklung der Tagesbildungsstätten demonstriert. 1200 Eltern, Mitarbeiter*innen, Kinder und Jugendliche haben sich für ihr Interesse eingesetzt. Es ist nicht nur sichtbar geworden, um was es dabei geht, sondern um wen es geht. Das war ein starkes Signal. Alle, die daran teilgenommen haben, können stolz darauf sein. **Jetzt braucht es jedoch auch konkrete Schritte und Ergebnisse.** Die Demonstration hat deutlich gemacht, wie dringend es eine Zukunftsperspektive für die Weiterentwicklung der Tagesbildungsstätten braucht. Gleichzeitig war diese Aktion ein starkes Beispiel dafür, wie wichtig und wirksam demokratische Beteiligung ist. **Demonstrationen sind ein zentraler Bestandteil unserer Demokratie:** Sie geben Menschen eine Stimme, schaffen Sichtbarkeit und zeigen, dass Engagement Veränderungen anstoßen kann. Gemeinsam haben wir gezeigt, dass wir nicht nur Forderungen formulieren, sondern sie auch aktiv in die Öffentlichkeit tragen.

Zum Ende des Jahres 2025 gilt an dieser Stelle mein großer Dank den vielen engagierten Menschen in unseren Mitgliedsorganisationen, die sich mit großem Einsatz für die Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen starkmachen. Ebenso danken wir all jenen, die mit ihrem Wirken die Interessen von Menschen mit Beeinträchtigungen unterstützen und uns als verlässliche Partnerinnen und Partner der Lebenshilfe Niedersachsen begleiten.

Vor allem möchte ich den Menschen mit Beeinträchtigungen sowie den Eltern und Angehörigen danken, die sich tagtäglich mit beeindruckendem Engagement für ihre eigenen Belange einsetzen. Gemeinsam mit Ihnen allen bilden wir eine starke Gemeinschaft.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Jahresabschluss und ein schönes Jahr 2026 mit viel Freude. Und für jetzt viel Spaß beim Lesen unseres letzten Infodienstes im Jahr 2025.

Unsere Landesgeschäftsstelle ist vom 22.12.2025 bis zum 02.01.2026 nicht besetzt. Ab dem 05.01.2026 sind wir wieder für Sie da.

Mit besten Grüßen
Frank Steinsiek
(Landesgeschäftsführer)

02 | Mitgliederversammlung der Lebenshilfe Niedersachsen am 08. November 2025

Am 08. November 2025 fand die diesjährige Mitgliederversammlung der Lebenshilfe Niedersachsen in Hannover statt. Neben Vertreter*innen aus den Mitgliedsorganisationen durften wir als besonderen Gast den Präsidenten des Niedersächsischen Landkreistages, Marco Prietz, begrüßen. Seine Teilnahme gab der Versammlung eine besondere politische Gewichtung und bot Raum für einen wichtigen fachlichen Austausch.

In seiner Rede verwies Marco Prietz auf aktuelle Herausforderungen, vor denen viele unserer Mitgliedsorganisationen stehen und ging auch auf die Zukunft der Tagesbildungsstätten ein. Er machte deutlich, dass die Landkreise ihre Verantwortung ernst nehmen und forderte das Land auf, einen verlässlichen und gemeinsamen Weg zur Weiterentwicklung der Tagesbildungsstätten aufzuzeigen. Er unterstrich in seiner Rede die Bedeutung der Lebenshilfe und ihrer Angebote und zugleich den gesellschaftlichen Auftrag, der hinter ihnen steht.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurde der Vorstand der Lebenshilfe Niedersachsen neu gewählt. Der bisherige Landesvorsitzende Erwin Drefs wurde in seinem Amt bestätigt. Mit dieser Entscheidung setzten die Delegierten ein Zeichen des Vertrauens und der Kontinuität.

In den Vorstand wurden gewählt:

Vorsitz:
Erwin Drefs, Lebenshilfe Oldenburg

Stellvertretende Vorsitzende:
Gabriele Bökenkröger, Lebenshilfe Hameln
Dr. Cornelia Kammann, Heilpädagogische Hilfe Osnabrück

Schatzmeister:
Christian Siemers, Lebenshilfe Seelze

Beisitzer*innen:

Regionalkonferenz Braunschweig:
Susanne Speidel, Lebenshilfe Peine-Burgdorf
Philip Berneburg, Lebenshilfe Einbeck

Regionalkonferenz Hannover:
Katharina Külp, Lebenshilfe Langenhagen-Wedemark
Manfred Willems, Hannoversche Werkstätten

Regionalkonferenz Lüneburg:
Olaf Bargemann, Lebenshilfe Osterholz
Gerd Suder, Lebenshilfe Soltau

Regionalkonferenz Weser-Ems
Tina Cappelmann, Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg
Jörn Malanowski, obw Emden

Beirat der Selbstvertreter:
Monika Blaszynski, Harz-Weser-Werke
Dirk Michalek, Lebenshilfe Braunschweig

Beirat Eltern und Angehörige:
Katharina Schoch, Lebenshilfe Walsrode
Marco Spiller, Lebenshilfe Braunschweig
(FST)

03 | Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung am 14. & 15. November 2025

Mit einer starken Gruppe aus Niedersachsen waren wir auf der Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung. Es ging um Selbstbestimmung und Teilhabe.
Zu Gast war auch die Bundesministerin Bärbel Bas. Sie sagte: „Alle Menschen haben ein Recht auf volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe. Um dies auch für Menschen mit Behinderungen zu erreichen, brauchen wir inklusivere Strukturen und eine gute und wirkungsvolle Eingliederungshilfe.“
Wir gratulieren unserem Mitglied des erweiterten Vorstands, Selbstvertreter Dirk Michalek, zur auf der Versammlung erfolgten Wahl in den Bundesvorstand der Lebenshilfe. (FST)

04 | Starkes Signal für die Zukunft der Tagesbildungsstätten – Jetzt Lösungen finden!

Am 18. November haben rund 1.200 Menschen vor dem Niedersächsischen Landtag ein kraftvolles Zeichen gesetzt: Unter dem Motto „Tagesbildungsstätten weiterentwickeln. Bildung stärken – Zukunft sichern. JETZT!“ demonstrierten Schülerinnen und Schüler, Eltern, Angehörige, Mitarbeitende sowie zahlreiche Unterstützerinnen und Unterstützer für die Weiterentwicklung der Tagesbildungsstätten in Niedersachsen.
Gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden Niedersachsens haben wir deutlich gemacht: Es muss gehandelt werden – und zwar jetzt!

Die Redebeiträge aus Politik, Verbänden und direkt aus den Tagesbildungsstätten haben die Dringlichkeit unterstrichen. Kultusministerin Julia Willie Hamburg sicherte zu, dass das Land gemeinsam mit Kommunen und Trägern an Lösungen arbeitet. Wir erwarten, dass Anfang des kommenden Jahres konkrete Ergebnisse vorliegen, die unsere zentralen Forderungen erfüllen: verlässliche Perspektiven für Kinder und Jugendliche und Ihre Familien, Sicherung und Bindung des Personals sowie eine zukunftsfähige Weiterentwicklung der Tagesbildungsstätten.

Unser Dank gilt allen, die dieses starke Signal möglich gemacht haben!

- Den Mitgliedsorganisationen der Lebenshilfe Niedersachsen, die sich engagiert eingebracht haben.
- Den anderen Verbänden und Ihren zahlreichen Mitgliedern, die gemeinsam mit uns für die Sache eingetreten sind.
- Den Mitarbeitenden der Tagesbildungsstätten, die täglich großartige Arbeit leisten.
- Und ganz besonders: den Eltern und Schülerinnen und Schülern, die mit ihrer Präsenz und ihren Stimmen gezeigt haben, wie wichtig dieses Thema ist.

Gemeinsam bleiben wir dran – für eine starke Bildung und eine gesicherte Zukunft! (US)

05 | „WIR WOLLEN MEHR“ – Kino-Abend und Podiums-Diskussion

Am 19. November 2025 lud die Lebenshilfe Niedersachsen zu einem Kino-Abend mit anschließender Podiums-Diskussion ein. Im Kino am Raschplatz wurde der kürzlich mit dem 2. Platz des Helmut-Schmidt-Journalistenpreises ausgezeichnete Dokumentarfilm "WIR WOLLEN MEHR – Arbeit ohne Barrieren" von Mareike Müller gezeigt. Im Anschluss kamen auf einer Podiums-Diskussion Menschen mit verschiedenen Perspektiven auf Arbeit innerhalb und außerhalb der Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) zu Wort.

Es diskutierten:

- Constantin Grosch, Mitglied des Niedersächsischen Landtags
- Jeanne Nicklas-Faust, Bundesgeschäftsführerin der Lebenshilfe
- Julius Bisanz, Mitglied im Beirat Selbstvertreter der Lebenshilfe Niedersachsen und Beschäftigter auf einem Außenarbeitsplatz in einer Kita
- Jochen Rolle, Geschäftsführer von Inklusive Arbeit Wetterau gGmbH
- Michael Korden, Vorsitzender der LAG A|B|T

Film und Podiums-Diskussion zeigten, dass die Weiterentwicklung von Inklusion auf dem Arbeitsmarkt und der WfbM bestimmende Themen der Zukunft sind und bleiben - auch für die Lebenshilfe Niedersachen.

Durch den Abend und die Diskussion führten Dirk Michalek (Selbstvertreter und Mitglied des erweiterten Vorstands) und Sandra Queer (Referentin Erwachsene). Die Eröffnungsrede hielt Monika Blaszynski (Mitglied des erweiterten Vorstands).
(JH)

06 | „Selbstbestimmung im Wandel – Teilhabe für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf“ – Lebenshilfe Niedersachsen tagt zum Thema „Arbeit“

Wie berufliche Teilhabe und das Recht auf Arbeit in Theorie und Praxis auch für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf ermöglicht werden kann, war am 20. November 2025

Thema auf der Fachtagung „Selbstbestimmung im Wandel – Teilhabe für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf“ der Lebenshilfe Niedersachsen.
Zum ersten Mal kamen hier Geschäftsführungen, Leitungen und Sozialdienste von Lebenshilfe-Einrichtungen aus ganz Niedersachsen zum Thema „Arbeit“ zusammen.

Das Tagungsprogramm hielt Vorträge und Workshops aus Wissenschaft und Praxis und nicht zuletzt einen Impuls der gerade wieder gewählten Bundesvorsitzenden der Lebenshilfe, Ulla Schmidt, vor. Schmidt machte auf die Notwendigkeit eines klaren Bekenntnisses zur Inklusion aufmerksam. Der Vortrag von Prof.in Dr. Sophia Falkenstörfer (Universität zu Köln) richtete den Blick auf den umfassenden Wert von Arbeit. Wird Arbeit nicht nur als wertschöpfende, sondern ebenso als sinnstiftende Tätigkeit anerkannt, ergeben sich neue Möglichkeitsräume. Wie das konkret aussehen kann, darüber informierte Wibke Juterczenka von Leben mit Behinderung (Hamburg) mit Beispielen aus der Praxis, die nicht immer großes Umdenken erfordern: Menschen sind dabei „Auf Achse“ und erhalten Arbeitsangebote außerhalb von Tages(förder)stätten. Die anschließenden Workshops boten Gelegenheiten zu Austausch, Gespräch und Vertiefung. (JH)

07 | „Teilhabe ist unverzichtbar“ – Fachverbände warnen vor Kürzungen bei der EGH

Die Fachverbände für Menschen mit Beeinträchtigungen warnen eindringlich vor geplanten Kürzungen bei der Eingliederungshilfe. Sie betonen, dass das Recht auf Teilhabe und die Wahrung der Menschenrechte nicht eingeschränkt werden dürfen. Auf ihrer Konferenz verabschiedeten sie das Positionspapier "Recht auf Teilhabe sicherstellen", um klarzustellen: Teilhabe ist ein Menschenrecht und darf nicht als Sparpotenzial betrachtet werden.

Hintergrund ist eine Aussage von Bundeskanzler Friedrich Merz im Juni beim Deutschen Städte- und Gemeindebund, die Diskussionen über die Finanzierung sozialer Leistungen ausgelöst hat. Länder und Kommunen drängen auf Kostensenkungen. Die Fachverbände stellen jedoch klar: Soziale Gerechtigkeit und eine bedarfsgerechte Infrastruktur sind auch unter finanziellem Druck unverzichtbar. Menschenwürdige Lebensbedingungen müssen Leitprinzip deutscher Politik bleiben. Das Positionspapier definiert 14 zentrale Punkte, die als rote Linien bei der Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe gelten.

Dazu gehören unter anderem: Die Eingliederungshilfe darf nicht hinter die Leistungen der Pflegeversicherung zurückfallen, die Wahlfreiheit beim Wohnen muss erhalten bleiben und die volle gesellschaftliche und politische Partizipation ist sicherzustellen.

Die fünf Fachverbände, die diese Position vertreten, sind:
- Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm)
- Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.
- Anthropoi Bundesverband (Bundesverband anthroposophisches Sozialwesen e.V.)
- Der evangelische Fachverband für Teilhabe (BeB)
- Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V. (CBP)

Weitere Informationen und das vollständige Positionspapier finden Sie **hier**.
(SQ)

08 | Neuer Wegweiser „Gewaltschutz“ bietet Rahmen für Einrichtungen der EGH

Ende 2024 hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales den „Arbeitskreis Gewaltschutz für Menschen mit Behinderungen“ eingerichtet. Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verbänden, Wissenschaft, Praxis und Selbstvertretung haben gemeinsam den Wegweiser „Gewaltschutz“ erarbeitet.

Auch die Lebenshilfe war in diesem Arbeitskreis stark vertreten – durch die Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V. mit Almuth Meinert und Claudia Seligmann und vielen weiteren Vertreter*innen Lebenshilfen bundesweit – darunter aus Niedersachsen Cordula Wilberg (Lebenshilfe Seelze e. V. und Mitglied im Ausschuss Erwachsene der Lebenshilfe Niedersachsen) und Dr. Heike Lubitz (Lebenshilfe Hannover).

Der Arbeitskreis hat zu Beginn seiner Tätigkeit ein Ziel definiert: Bis 2030 sollen Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt und wirksam vor Gewalt geschützt sein.
Der Wegweiser ist keine Rechtsnorm, sondern eine fachliche Richtschnur und basiert auf Studien, die einen hohen Handlungsbedarf bei Gewaltprävention und -intervention zeigen.

Für die Annäherung an dieses Ziel und die Umsetzung eines wirksamen Gewaltschutzes sind aus Sicht des Arbeitskreises fünf Handlungsfelder besonders relevant:

- **Mindeststandards für Gewaltschutzkonzepte**
- **Landesrechtliche Regelungen und Rahmenverträge**
- **Personal und Ressourcen**
- **Aufklärung und Empowerment**
- **Vernetzung**

Der Wegweiser ist ein weiterer Schritt, um Gewalt wirksam vorzubeugen und Betroffene zu schützen.

Hier können Sie den Leitfaden herunterladen.
(US)

09 | Gewaltschutz-Schulung im Videoformat

Die Lebenshilfe Donau-Iller e. V. hat im Rahmen ihres Gewaltschutzkonzeptes eine Videoreihe entwickelt, die sich intensiv mit dem Thema Gewaltschutz auseinandersetzt. In den Videos werden verschiedene Formen von Gewalt realitätsnah dargestellt und sichtbar gemacht. Ziel ist es, Menschen mit Behinderungen zu stärken und ihnen zu helfen, Gewalt besser zu erkennen und geeignete Strategien im Umgang damit zu entwickeln. Die Videos leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung und zum Empowerment.

Sie sind über diesen **Link** abrufbar.
(SQ)

10 | DIMR fordert einheitliche Schutzstandards für Triage

Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) fordert in seiner Pressemitteilung vom 05. November 2025 einheitliche Schutzstandards für Triage-Entscheidungen in Deutschland. Hintergrund dieser Forderung ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die bestehende bundesgesetzliche Regelung zur Triage in §5 Infektionsschutzgesetz (IfSG) aus formellen Gründen aufzuheben. Es liegt in der Zuständigkeit der Länder, Kriterien für die Zuweisung intensivmedizinischer Ressourcen bei Versorgungsengpässen in Pandemiezeiten zu regeln. Das Institut betont, dass die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot auch in Krisensituationen uneingeschränkt gelten müssen. Es fordert daher möglichst einheitliche gesetzliche Regelungen in den Bundesländern, die transparente und diskriminierungsfreie Kriterien für Triage-Entscheidungen festlegen. Diese Regelungen müssen vor allem grund- und menschenrechtskonform sein.

Triage bezeichnet die Priorisierung medizinischer Hilfe, wenn nicht genügend Ressourcen wie Intensivbetten oder Beatmungsgeräte für alle Patient*innen verfügbar sind. In solchen Extremsituationen besteht die Gefahr, dass Menschen mit Beeinträchtigungen, ältere Personen oder sozial benachteiligte Gruppen aufgrund vermeintlich geringerer Überlebenschancen diskriminiert werden.

Zur Pressemitteilung gelangen Sie **hier**.
(SQ)

11 | Der Bund entlastet Vereine und Engagierte durch Stärkung des Ehrenamts

Zum 01.01.2026 wird die geplante Erhöhung der Ehrenamtspauschale und der Übungsleiterpauschale umgesetzt.
In der gemeinsamem Pressemitteilung äußert sich Bundesfinanzminister und Vizekanzler Lars Klingbeil: „Millionen Menschen in Deutschland engagieren sich im Ehrenamt. All das sind Menschen, die unsere Gesellschaft zusammenhalten, die für andere da sind, die anpacken und helfen. Dieses Engagement wollen wir stärker unterstützen. Deshalb erhöhen wir die Freibeiträge für Übungsleiterinnen und Übungsleiter und wir ersparen Ehrenamtlichen und ihren Vereinen künftig vieles an Bürokratie. Wir machen es leichter für gemeinnützige Vereine, neue Ehrenamtliche für sich zu gewinnen. Wir stärken damit die Vereine in Deutschland – im Sport, in der Kultur und vielen anderen Bereichen. Denn hier wird Zusammenhalt gelebt.“

Zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements werden ab dem 01.01.2026 der Übungsleiterfreibetrag (§ 3 Nr. 26 EStG) von 3000 € auf 3300 € und die Ehrenamtspauschale (§ 3 Nr. 26a EStG) von 840 € auf 960 € angehoben.

Lesen Sie **hier** die gesamte Pressemitteilung (SQ).

12 | Landesregierung stärkt Ehrenamt und beschließt umfassende Strategie

Das Kabinett der Niedersächsischen Landesregierung hat die „Niedersächsische Strategie für Engagement und Ehrenamt“ verabschiedet, um die Anerkennung, Förderung und Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement in Niedersachsen zu verbessern. Die Maßnahmen sind in drei zentrale Handlungsfelder gegliedert.
Erstens geht es um Anerkennung und Würdigung: Dazu gehören der Ausbau der Ehrenamtskarte, die Einführung eines Kompetenznachweises zur Sichtbarmachung erworbener Schlüsselqualifikationen sowie die Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit.
Zweitens umfasst die Strategie Unterstützung, Förderung und Qualifikation: Geplant sind die Stärkung von Freiwilligenagenturen, die Vereinfachung von Förderstrukturen, die Einrichtung einer Koordinierungsstelle Ehrenamt in der Staatskanzlei, eine unbürokratische Mikroförderung von bis zu 5.000 Euro pro Projekt, der Ausbau barrierefreier und digitaler Qualifizierungsangebote sowie die Förderung von Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen. Auch Qualifizierungsangebote für Seniorinnen und Senioren sollen Einsamkeit entgegenwirken und Mobilität fördern.
Drittens sollen bessere Rahmenbedingungen und Strukturen geschaffen werden: Dazu zählen die Digitalisierung des Ehrenamts durch ein landesweites Ehrenamtsportal, die Verbesserung des Rechts- und Finanzrahmens, die Erweiterung des Versicherungsschutzes für Engagierte sowie die Entbürokratisierung von Förderverfahren und die verständlichere Aufbereitung amtlicher Informationen.

Mehr dazu finden Sie **hier**. (SQ)

13 | Neues Gesetz zur Pflegefachassistenzausbildung

Der Bundesrat hat am 17. Oktober 2025 dem Gesetz zur Pflegefachassistenzausbildung zugestimmt. Ziel ist, den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten und mehr Fachkräfte zu gewinnen. Ab dem 1. Januar 2027 wird eine bundesweit einheitliche Ausbildung eingeführt, die die bisherigen 27 unterschiedlichen Landesregelungen ersetzt und gemeinsame Standards festlegt. Die Ausbildung ist generalistisch und praxisnah angelegt und umfasst alle zentralen Versorgungsbereiche – stationäre Langzeitpflege, ambulante Pflege und stationäre Akutpflege. Dadurch erhalten Auszubildende einen umfassenden Einblick in das Berufsfeld und können flexibel eingesetzt werden.

Foto: Lebenshilfe/David Maurer

Die Ausbildung dauert in der Regel 18 Monate in Vollzeit, Teilzeitmodelle und Verkürzungen bei einschlägiger Berufserfahrung sind möglich. Voraussetzung ist in der Regel ein Hauptschulabschluss, jedoch können auch Bewerber*innen ohne formalen Abschluss zugelassen werden, wenn die Pflegeschule eine positive Eignungsprognose stellt. Erstmals ist eine verbindliche Ausbildungsvergütung gesetzlich vorgesehen. Das Gesetz tritt überwiegend zum 1. Januar 2027 in Kraft.

Weitere Informationen erhalten Sie **hier**. (SQ)

14 | Highlights aus der Fort- und Weiterbildung

Während draußen die Lichterketten funkeln, richten wir unseren Blick zurück ins vergangene Jahr und schon auf 2026 – und sagen von Herzen **Danke:** für Ihr Vertrauen, für viele bereichernde Seminare und dafür, dass Sie mit uns gemeinsam Teilhabe gestalten!

Im neuen Jahr starten drei Qualifizierungsreihen, die hoffentlich genauso strahlen wie die Lichterketten dieser Tage:

Quereinsteiger*innen in der Eingliederungshilfe – fundiert ankommen
6-tägige modulare Qualifikation | Start: Februar 2026
→ Alle Infos und Anmeldung
„Stark in Führung" – für neue Teamleiter*innen in der Doppelrolle
13-tägiges Trainingsprogramm | Start: März 2026
→ Alle Infos und Anmeldung
Führung mit Klarheit und Wirkung – für das mittlere Management
14-tägige Weiterbildung | Start: Februar 2026
→ Alle Infos und Anmeldung

Wir freuen uns darauf, auch im neuen Jahr gemeinsam mit Ihnen zu lernen, zu wachsen und Impulse zu setzen. Bis bald in der Akademie!

Herzliche Grüße und eine besinnliche Adventszeit wünscht Ihnen das Team der Akademie für Rehaberufe!
(AW)

15 | 18 werden mit Beeinträchtigung – Was ändert sich bei Volljährigkeit?

Der bvkm hat seinen Rechtsratgeber aktualisiert, der nun den Rechtsstand von September 2025 berücksichtigt. Der Ratgeber informiert darüber, welche Rechte und Pflichten Menschen mit Beeinträchtigungen beim Erreichen der Volljährigkeit haben.

- **Rechtliche Betreuung**
  Der Ratgeber erklärt ausführlich, was sich in Bezug auf rechtliche Betreuung ändern kann, wenn junge Menschen mit Beeinträchtigungen volljährig werden.
- **Kindergeld**
  Eltern erfahren, ob sie auch nach dem 18. Geburtstag weiterhin Kindergeld für ihr Kind mit Beeinträchtigung erhalten können.
- **Versicherungsschutz**
  Es wird erläutert, ob und wie das Kind weiterhin über die Familienversicherung abgesichert bleibt.
- **Neu: Checkliste**
  Eine praktische Checkliste hilft Eltern, wichtige Punkte rund um den Übergang zur Volljährigkeit rechtzeitig zu bedenken.

Hier können Sie den Ratgeber herunterladen oder als Druckversion bestellen. (SQ)

16 | Neu: Aktion Mensch-Förderung "Zeichen setzen! Für mehr Respekt und Vielfalt"

Aktion Mensch unterstützt ab sofort Projekte, die sich für ein inklusives Zusammenleben, gegen Ausgrenzung und für mehr Toleranz einsetzen. Besonders gefördert werden kreative und engagierte Vorhaben von und für junge(n) Menschen bis 27 Jahre. Der Antragszeitraum läuft vom 01. Oktober 2025 bis 31. März 2026. Pro Antrag können bis zu 7.500 Euro bewilligt werden, die maximale Projektlaufzeit beträgt 12 Monate. Pro Rechtsträger sind höchstens drei Bewilligungen innerhalb des Aktionszeitraums möglich. Für das Förderangebot steht ein Gesamtbudget von 5 Millionen Euro zur Verfügung; die Förderung endet, sobald das Budget ausgeschöpft ist.

Hier finden Sie mehr Informationen zur Förderung. (SQ)

17 | Aktion Mensch unterstützt Projekte zum Europäischen Protesttag am 5. Mai 2026

Aktion Mensch ruft anlässlich des Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5. Mai 2026 zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe und Barrierefreiheit auf. Unter dem Motto "Menschenrechte sind nicht verhandelbar!" sollen Veranstaltungen und Aktionen ein deutliches Zeichen gegen Diskriminierung und Ausgrenzung setzen. Ziel ist es, Solidarität zu fördern und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention voranzutreiben. Gefördert werden Aktionen und Veranstaltungen, die zwischen dem 2. und 10. Mai 2026 stattfinden. Aktion Mensch stellt hierfür insgesamt 2 Millionen Euro bereit. Förderanträge können vom 1. Dezember 2025 bis zum 31. März 2026 eingereicht werden, solange Mittel verfügbar sind. Es können Honorar- und Sachkosten bis zu 5.000 Euro sowie Gesamtkosten von maximal 15.000 Euro beantragt werden.

Weitere Informationen sowie kostenlose Materialien zum Protesttag finden Sie **hier**.
(SQ)

18 | Jahresbericht 2024 vom Deutschen Institut für Menschenrechte

Als nationale Menschenrechtsinstitution hat das „Deutsche Institut für Menschenrechte“ seinen Jahresbericht für das Jahr 2024 herausgebracht. Die internationale, auf Recht basierende Ordnung ist durch Krisen und autoritäre Entwicklungen bedroht. Die Menschenwürde ist zentral, wird aber zunehmend infrage gestellt. Diskriminierung betrifft viele – z. B. wegen Beeinträchtigung, Herkunft oder Geschlecht. Eine inklusive Gesellschaft braucht Rechtsstaatlichkeit und Menschen, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen.

Diese und weitere Inhalte finden Sie in der **Onlineversion**.
(SQ)

19 | Methodenhandbuch zur Demokratieförderung

Demokratie ist mehr als nur eine Staatsform – sie lebt vom Engagement der Menschen. Damit sie aktiv gestaltet und mitgetragen werden kann, braucht es geeignete Methoden. Das Methodenhandbuch der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet politischen Bildner*innen praxisnahe und beteiligungsorientierte Ansätze, die dazu einladen, sich einzubringen, zuzuhören, kontrovers zu diskutieren und gemeinsam Veränderungen zu bewirken.

Hier können Sie das Handbuch herunterladen.
(SQ)

20 | Rechtliche Orientierung digital – Lebenshilfe kooperiert mit Nomos und Beck

Das Recht von Menschen mit Behinderungen ist komplex und erfordert verlässliche Orientierung. Um dies zu gewährleisten, hat die Bundesvereinigung Lebenshilfe gemeinsam mit dem Nomos Verlag das digitale Fachmodul „Recht der Menschen mit Behinderungen“ entwickelt. Dieses Modul wird auf der führenden Rechtsplattform beck-online bereitgestellt und macht das einschlägige Recht digital, systematisch und aus einer Hand zugänglich.
Das Fachmodul umfasst Kommentare, Handbücher, Urteile, Normen und Fachartikel beider Verlage. Dazu gehören der Rechtsdienst der Lebenshilfe (ab 2022) sowie alle juristischen Titel aus dem Lebenshilfe Verlag. Auch spezielle Themen wie Werkstättenrecht, Sozialdatenschutz und Arbeitsrecht sind integriert.

Lebenshilfe-Mitglieder profitieren von einem Vorzugspreis von 29 Euro monatlich (statt regulär 36 Euro). Der Zugang zum Modul ist ab sofort **hier** verfügbar.

21 | Aphasie-App

Der Landesverband Aphasie Rheinland-Pfalz e. V. unterstützt seit über 20 Jahren Menschen mit Aphasie und ihre Angehörigen. Ziel ist es, die Versorgung in der Akutphase, Rehabilitation und im Alltag zu verbessern – durch Öffentlichkeitsarbeit, Schulungen, Beratung und Selbsthilfegruppen.
Mit einer neuen App erweitert der Verband sein Angebot digital. Die App richtet sich an Betroffene, Angehörige, Fachkräfte und Interessierte und bietet leicht zugängliche Informationen über Aphasie. Sie ermöglicht bundesweiten Austausch und soll zur Sensibilisierung für Aphasie beitragen.
Zu den Funktionen gehören: Notfallhilfe mit direktem Notruf und Kontaktperson, ein digitaler Aphasie-Ausweis, eine Übersicht über Selbsthilfegruppen und Therapien mit Kartenfunktion, Veranstaltungskalender, Medieninhalte wie Videos und Podcasts sowie ein exklusiver Mitgliederbereich mit Chat und Pinnwand.

App im Apple-App-Store herunterladen:
Aphasie-App on the App Store

App im Google Play Store herunterladen:
Aphasie – Apps bei Google Play

(SQ)

22 | RoMoWo: Bundesweites Mobilitätstraining für Rollstuhlnutzer*innen startet

Das Forschungsinstitut für Inklusion durch Bewegung und Sport (FIBS) und der Deutsche Rollstuhl-Sportverband (DRS e.V.) starten gemeinsam mit Förderung der Aktion Mensch das Projekt RoMoWo – RollstuhlMobilitätWohnortnah.

Ziel des Projekts ist der Aufbau nachhaltiger Strukturen für ein bundesweites Mobilitätstraining für Rollstuhlfahrer*innen bis März 2027.
Das bundesweite Projekt soll Rollstuhlnutzer*innen durch gezielte Mobilitätstrainings mehr Sicherheit, Selbständigkeit und Teilhabe im Alltag ermöglichen. Im Abstand von 4 Wochen umfasst das Trainingskonzept zwei Praxistage sowie eine onlinegestützte Selbsttrainingsphase. Diese wird durch Videos, Übungsanleitungen und Checklisten über die RoMoWo-Web-App unterstützt. Die Zielgruppe sind Menschen, die dauerhaft auf einen manuellen Rollstuhl angewiesen sind – unabhängig von Alter, Vorerfahrung oder Mobilitätsniveau. Sowohl Neueinsteiger*innen als auch erfahrene Rollstuhlnutzer*innen profitieren vom strukturierten Programm.

Ein Beispiel für die Umsetzung sind die Trainingstage in Hannover am 17.01. und 14.02.2026 im Berufsbildungswerk DIAKONIE Annastift.

Mehr Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie auf der **Homepage**.
(SQ)

23 | Special Olympics Deutschland: Save the date

Vom 15. bis 20. Juni 2026 finden die Special Olympics Deutschland erstmals im Saarland statt. Es handelt sich um das größte Multisport-Event für Menschen mit geistiger Beeinträchtigung. Die Eröffnungsfeier wird am Montag, 15. Juni 2026 im Ludwigsparkstadion in Saarbrücken, stattfinden. Weitere Informationen folgen Anfang 2026. (SQ)

24 | Save the date zum Fachtag „Persönliches Budget“

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Persönliches Budget (BAG PB) weist auf Ihren geplanten Fachtag zum Persönlichen Budget Ende 2026 hin. Die Veranstaltung wird am 5. und 6. November im Johannesstift Diakonie Services GmbH in Berlin stattfinden.
Die Eröffnungsrede wird von Jürgen Dusel gehalten, weitere Details zum Programm sowie zu den Anmeldemöglichkeiten werden noch bekannt gegeben.

Fragen können bereits an folgende E-Mail-Adresse gesandt werden:
geschaeftsstelle@bag-pb.de
(SQ)

25 | Bundesteilhabepreis 2026

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) zeichnet jährlich Modellprojekte aus, die bundesweit in Kommunen oder Regionen übertragbar sind. Ziel des Preises ist es, Projekte auszuzeichnen, die beispielhaft für die Gestaltung eines inklusiven und barrierefreien Sozialraums sind und bundesweit als Vorbild dienen können. Die Bundesfachstelle Barrierefreiheit organisiert die Ausschreibung, während eine unabhängige Fachjury die Preisträger bestimmt. Jedes Jahr steht der Preis unter einem anderen Schwerpunktthema.

Für 2026 lautet das Thema: „Berufseinstieg inklusiv – Übergang von der beruflichen Bildung in den Arbeitsmarkt für junge Menschen mit Behinderungen“. Bewerbungsschluss ist der 8. Februar 2026.

Genaueres zur Bewerbung erfahren Sie **hier**.
(SQ)

26 | Ehrentag zum Geburtstag des Grundgesetzes – “Für dich. Für uns. Für alle.”

Am 23. Mai 2026 findet erstmals der Ehrentag – “Für dich. Für uns. Für alle.” statt. Dieser deutschlandweite Mitmachtag wird auf Initiative von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und unter seiner Schirmherrschaft ins Leben gerufen, gemeinsam umgesetzt mit der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE). Anlass ist der Geburtstag unseres Grundgesetzes. Der Ehrentag soll künftig jedes Jahr am 23. Mai gefeiert werden.

An diesem Tag sind Menschen in ganz Deutschland eingeladen, sich aktiv zu beteiligen – ob mit eigenen Ideen, bestehenden Projekten oder neuen Aktionen. Mitmachen können alle: Unternehmen, Vereine, Organisationen, Initiativen und Privatpersonen. Ziel ist es, die Vielfalt des Engagements sichtbar zu machen, bestehende Projekte zu würdigen und neue Impulse zu setzen. Der Ehrentag stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und bringt Menschen ins Gespräch und ins gemeinsame Tun.

Alle Informationen sowie die Möglichkeit, eigene Aktionen einzutragen, finden sich auf der Homepage www.ehrentag.de. Dort wird demnächst ein Aktionsportal freigeschaltet, um Mitmach-Aktionen zu bewerben und zu finden. (SQ)

27 | Aus den Mitgliedsorganisationen

In den letzten Wochen wurden in Niedersachsen mehrere Ehrennadeln der Lebenshilfe verliehen. Bei der Lebenshilfe Osterholz hat Harold Finke für sein Engagement die Silberne Ehrennadel der Lebenshilfe Niedersachsen erhalten. Die Laudatio dazu hielt die stellv. Landesvorsitzende der Lebenshilfe Niedersachsen, Gabriele Bökenkröger. Die Goldene Ehrennadel wurde ebenfalls in Osterholz Herrn Dr. h.c. Peter Masuch verliehen. In Braunschweig hat sie Ingrid Prönnecke erhalten. Wir bedanken uns sehr für das herausragende Engagement und sagen: „Herzlichen Glückwunsch“.
(FST)

28 | Zum Jahresende…

Wenn Sie unseren Infodienst nicht mehr erhalten möchten, klicken Sie bitte hier. Automatisch öffnet sich eine E-Mail, die Sie nur noch versenden müssen. Ihre Daten werden dann automatisch aktualisiert.

Herausgeber
Lebenshilfe Landesverband
Niedersachsen e.V.
Nordring 8 G
30163 Hannover

Redaktion
Frank Steinsiek (FST) (V.i.S.d.P.)
Sandra Queer (SQ) / Ulrike Seyfang
(US) / Jennifer Hoyer (JH)
Agnes Wörner (AW)

Service
Telefon: 0511 - 909 257 - 00
Fax: 0511 - 909 257 - 11
landesverband@lebenshilfe-nds.de
Auflage: 1.800 Stück